



N i e d e r s c h r i f t

**der 35. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 18.10.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:02 Uhr bis 17:14 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Ausschussvorsitzender, Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Bönisch
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Lange
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Frau Nagel
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Dr. Brock
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand eröffnete die 35. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über folgende Punkte, die von der Tagesordnung genommen werden können:

TOP 5.4

1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030

Vorlage: VI/2017/03193

→ **Vorschlag: absetzen**

→ gleiche Voten in den Fachausschüssen (JHA, PA, BA und SGGA)

TOP 5.5

Vierte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19

Vorlage: VI/2017/02903

→ **Vorschlag: vertagen**

→ im Jugendhilfeausschuss vertagt

TOP 6.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Verbesserung von Reinigungsleistungen an Schulen in städtischer Trägerschaft

Vorlage: VI/2017/03053

→ **Vorschlag: vertagen**

→ im Finanzausschuss vertagt

TOP 6.2

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung von Haltestellen der HAVAG

Vorlage: VI/2017/03269

→ **Vorschlag: vertagen**

→ im Kulturausschuss und Planungsausschuss vertagt

TOP 6.3

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Wegfall von Parkflächen

Vorlage: VI/2017/03043

→ **Vorschlag: absetzen**

- Personalausschuss hat sich für nicht zuständig erklärt, dadurch keine unterschiedlichen Voten

TOP 6.5

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Präsentation der Moderne im Jahr 2019
Vorlage: VI/2017/03109

- **Vorschlag: vertagen**
- im Kulturausschuss vertagt

Des Weiteren lag die Dringlichkeitsvorlage

Umwandlung der Sekundarschule „Heinrich Heine“ in eine Gemeinschaftsschule
Vorlage: VI/2017/03411

vor. **Frau Brederlow** wies darauf hin, dass die Verwaltung den Zeitplan im Session eingestellt hat, bis zu welchem Zeitpunkt die Unterlagen zur Beschlussfassung durch die Landesregierung vorliegen müssen. Dieser Plan erfordert eine Beschlussfassung im Stadtrat Oktober.

Herr Scholtyssek teilte mit, dass sich seine Fraktion gegen eine Dringlichkeit ausspricht, da eine Vorberatung im Bildungsausschuss dringend notwendig ist. Das Landesschulamt hat des Weiteren am 13.09.2017 die Prüfung beendet und seitdem liegt das Vorhaben in der Verwaltung vor.

In dieser Zeit ist die erforderliche verwaltungsinterne Prüfung erfolgt, entgegnete **Frau Brederlow**.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage.

Abstimmungsergebnis Dringlichkeit: mit mehr als 2/3 Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt

Änderungen und Ergänzungen gab es zu:

TOP 6.4

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Beauftragung des Oberbürgermeisters an die städtischen Gesellschaften

Vorlage: VI/2017/03379

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 6.4.1**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung des Hauptausschusses und Kulturausschusses vom 16.11.2016
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 23.08.2017
 - 3.3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.09.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse am 20.09.2017
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03344
 - 5.2. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/03435
 - 5.3. Bebauungsplan Nr. 185 „Östliches Königsviertel“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03267
 - 5.3.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 185 "Östliches Königsviertel" - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: VI/2017/03267)
Vorlage: VI/2017/03404
 - 5.4. *1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030*
Vorlage: VI/2017/03193 *abgesetzt*
 - 5.5. *Vierte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19*
Vorlage: VI/2017/02903 *vertagt*
 - 5.6. Umwandlung der Sekundarschule „Heinrich Heine“ in eine Gemeinschaftsschule
Vorlage: VI/2017/03411
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Verbesserung von Reinigungsleistungen an Schulen in städtischer Trägerschaft
Vorlage: VI/2017/03053
 - 6.2. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung von Haltestellen der HAVAG*
Vorlage: VI/2017/03269 *vertagt*
 - 6.3. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Wegfall von Parkflächen*
Vorlage: VI/2017/03043 *abgesetzt*

- 6.4. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Beauftragung des Oberbürgermeisters an die städtischen Gesellschaften
Vorlage: VI/2017/03379
- 6.4.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Beauftragung des Oberbürgermeisters an die städtischen Gesellschaften (VI/2017/03379)
Vorlage: VI/2017/03481
- 6.5. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Präsentation der Moderne im Jahr 2019*
Vorlage: VI/2017/03109 *vertagt*
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung von Herrn Dr. Wend zu Anwohnerparkausweisen
- 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Termin des Christopher Street Day und IDAHIT, Vorlage: VI/2017/03373
- 8.3. Mitteilung zur Anregung der Fraktionen SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER zur Veröffentlichung Amtsblatt an der Litfaßsäule auf dem Marktplatz,
Vorlage: VI/2017/03376
- 8.4. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berücksichtigung des Fuß- und Radverkehrs an Baustellen, Vorlage: VI/2017/03388
- 8.5. Mitteilung zur Anregung von Frau Dr. Brock zum Glitzerschwein im Finanzamt
- 8.6. Mitteilung zur Anregung von Herrn Doege zur Kompetenzverteilung in der Stadtverwaltung
- 8.7. Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zu Wechsel von Stadträten in städtische Unternehmen
- 8.8. Mitteilung zur Anregung von Herrn Scholtyssek zum Bebauungsplan Nr. 185 „Östliches Königsviertel“
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung des Hauptausschusses und Kulturausschusses vom 16.11.2016

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der Sondersitzung des Hauptausschusses und Kulturausschusses vom 16.11.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 23.08.2017

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 23.08.2017.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.09.2017

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.09.2017.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse am 20.09.2017

Es fand keine nicht öffentliche Sitzung am 20.09.2017 statt.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03344**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die als Anlagen beigefügten Zweckvereinbarungen über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen der Stadt Halle (Saale)

1. für den Landkreis Mansfeld-Südharz,
2. für den Landkreis Stendal

zu 5.2 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/03435

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass der Beschlusspunkt zwei im Stadtrat durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Hauptausschuss verwiesen wurde, da es noch offene Fragen gab.

Die Verwaltung hat sich an den Verein „Brüderstraße 5 e. V.“ und das Amtsgericht Stendal mit diesen Fragen gewandt. Diese Fragen wurden in einem vorliegenden Schreiben vom 04.10.2017 beantwortet, informierte **Herr Bürgermeister Geier**.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des zweiten Beschlusspunktes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde nur über den Beschlusspunkt 2 abgestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen:

1. Zweckgebundene **Geldspende** „Hochwasserhilfe“ von dem Verein „Wir helfen e. V.“ der Mitteldeutschen Zeitung, Delitzscher Straße 65, 06112 Halle (Saale), in Höhe von 150.000 Euro für nicht förderfähige Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ersatzneubau des Planetariums der Stadt Halle (Saale) als zentrale Einrichtung für Bildung, Kultur und Wissenschaft insbesondere für Kinder und Jugendliche.
(PSP-Element 8.28105010.705 – Ersatzneubau Planetarium)
2. Zweckgebundene **Geldspende** von dem Verein Brüderstraße 5 e. V., Marktplatz 10a, 06108 Halle (Saale), an die Stadt Halle (Saale) in Höhe von bis zu 200.361,60 Euro unter Einhaltung des vertragsgemäßen Zeitpunktes zur Aufbringung des städtischen Eigenanteils und somit zur Sicherung der Gesamtfinanzierung des Ausbaus einer Kletterhalle, einer Badmintonhalle, eines Sanitärbereiches sowie eines Multifunktions- und Kursbereiches im Sportparadies Böllberger Weg 185.
(PSP-Element 1.51108.06 – Fördermittelprogramm Stadtumbau)

zu 5.3 Bebauungsplan Nr. 185 „Östliches Königsviertel“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03267

zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 185 "Östliches Königsviertel" - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: VI/2017/03267)
Vorlage: VI/2017/03404

Herr Stäglin führte in die Beschlussvorlage ein und begründete diese. Hierzu gab es bereits eine Beratung im Wirtschaftsbeirat. Die Zielstellung ergibt sich aus der stadtentwicklungspolitischen Aufwertung des Hauptbahnhofes und der künftig besseren

Anbindung der Stadt Halle durch den ICE. Mit der Sanierungssatzung werden die Ziele für diesen Bereich definiert. Der Grundstückseigentümer will das Objekt an einen Investor verkaufen, der hier ein Projekt mit studentischer Nutzung plant. Diese Nutzung strebt die Stadt an diesem prägnanten Ort nicht an.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die Stellungnahme zum Punkt 1 a) des Änderungsantrages seiner Fraktion. Darin heißt es, dass es sich bei den Grünflächen um Privateigentum handelt und diese somit entschädigungspflichtig seien. Die Verwaltung möchte dies prüfen. Er bat um kurze Information.

Der Unterschied besteht in der Festlegung, jetzt schon mit dem Feststellungsbeschluss dieses Ziel vorzugeben oder eine Aufgabenstellung für die Diskussion und Prüfung mitzugeben. Bisher gibt es für den Geltungsbereich lediglich eine grobe Zonierung, die vorgeschlagen wird. Inhaltlich wird sich die Verwaltung mit dem Thema auseinandersetzen, erklärte **Herr Stäglin**.

Daraufhin zieht die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) den Beschlusspunkt 1 a) ihres Änderungsantrages zurück, teilte **Herr Dr. Meerheim** mit.

Herr Feigl konnte sich an keinen Fall erinnern, wo so stark in das Privateigentum von Grundstücken eingegriffen wurde. Er wollte wissen, ob es Gespräche mit den Eigentümern des Maritim-Hotels gab.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass man sich erst nach Beschluss mit den Beteiligten auseinandersetzen wird.

Wie konkret sind die Ansiedlungserwartungen an dieser Stelle für ein Kongress- und Hotelzentrum, fragte **Herr Feigl**.

Erst wird der Aufstellungsbeschluss benötigt, um zu prüfen, ob ein Zentrum an dieser Stelle Sinn macht, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit. Dies wurde noch nicht eingehend untersucht, aus diesem Grund muss ein Gutachten erstellt werden. Derzeit gibt es zwar Anfragen, welche aber auf Grund des fehlenden Beschlusses nicht bearbeitet werden können.

Herr Wolter erkundigte sich, ob es noch andere Möglichkeiten für das Gebiet gibt als das, was im Vorschlag der Verwaltung genannt ist. Er steht der Aufstellung skeptisch gegenüber; gemeinsam mit dem Eigentümer sollten Abwägungen getroffen werden. Er bat um genauere Information zu den finanziellen Auswirkungen.

Studentisches Wohnen wäre in dem Bereich zulässig und der Antrag würde positiv beschieden werden müssen, sagte **Herr Stäglin**. In Folge dessen bietet der Aufstellungsbeschluss die Möglichkeit, diese zu versagen, weil es nicht den Planungszielen der Stadt entspricht. Die Konkretisierung von Alternativen ergibt sich aus dem Aufstellungsbeschluss, um einen Bebauungsplan zu erstellen. Des Weiteren gab es an der Stelle jahrelang eine Hotelnutzung, was somit sinnvoll ist. Die Kosten für das eigentliche B-Plan-Verfahren sind im Fachbereich Planen eingeplant. Risiken bei einer Ablehnung des Antrages bestehen, können aber nicht vorab fixiert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass es sich bei der Vorlage um einen Vorschlag der Verwaltung handelt. Sollte diesem nicht zugestimmt werden, sei eine studentische Nutzung sehr wahrscheinlich.

Herr Wolter bat um eine genauere Bezifferung der Kosten. Verfahrenskosten sind nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zu berechnen und liegen dabei im

fünfstelligen Bereich, anwortete **Herr Stäglin**.

Herr Krause sprach sich für eine Zustimmung zur Vorlage aus, um so eine langfristig sinnvolle Nutzung und somit eine Arealaufwertung herbeizuführen. Eine studentische Nutzung lehnte er ab. Er bat bei einem positiven Votum des Stadtrates darum, mit der Eigentümerin ein Einvernehmen herzustellen.

Auch die CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) sieht ein großes Entwicklungspotential des Gebietes am Riebeckplatz, erklärte **Herr Scholtyssek**. Dennoch wies er darauf hin, dass Kongresszentren in anderen Städten teilweise nicht kostendeckend arbeiten und Defizite verursachen, welche kommunal zu decken sind. Das Vorhaben sollte somit dringend näher untersucht werden und hierfür wird es eine Zustimmung seiner Fraktion geben. Allerdings sollte die Verwaltung zwingend vor Einbringung in den Stadtrat mit der Eigentümerin des Maritim-Hotels sprechen. Dies sicherte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu. Hierzu werde es im nicht öffentlichen Teil noch eine Information geben.

Herr Wolter konnte die Aussagen von Herrn Scholtyssek teilweise nachvollziehen. Allerdings sollte die Eigentümerin bereits Kenntnis über das Vorhaben erlangt haben, da dies auch pressewirksam diskutiert wird. Des Weiteren sollte man solch ein großes Grundstück nur gemeinsam mit dem Eigentümer entwickeln.

Frau Hinniger teilte mit, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung des geänderten Änderungsantrages und der Beschlussvorlage.

zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 185 "Östliches Königsviertel" - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: VI/2017/03267) Vorlage: VI/2017/03404

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschlusspunkt 3 wird ergänzt:

Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele

~~a) mit folgender Ergänzung: "Ein weiteres Ziel ist die Schaffung von qualitätsvollen öffentlichen Grün- und Spielflächen im Bereich des ehemaligen RFT-Geländes bzw. nördlich der Rudolf-Breitscheid-Straße".~~

b) ohne das Ziel der Festsetzung eines Hotelstandortes. Eine studentische Wohnnutzung am Standort des ehemaligen Maritim-Hotels soll möglich sein.

2. Die „Zusammenfassende Sachdarstellung und Begründung“ zum Aufstellungsbeschluss wird entsprechend geändert.

**zu 5.3 Bebauungsplan Nr. 185 „Östliches Königsviertel“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03267**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
7 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 185 „Östliches Königsviertel“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 3,6 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.
4. Die in der Sachdarstellung und Begründung unter Punkt 3 genannten sowie in der Anlage 1 dargestellten Planungsziele stellen gleichzeitig die Präzisierung der Sanierungsziele der Sanierungssatzung Nr. 2 „Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt“ dar und sind auf genehmigungspflichtige Vorhaben nach §144, §145 Baugesetzbuch auch während der Planaufstellung anzuwenden.

**zu 5.6 Umwandlung der Sekundarschule „Heinrich Heine“ in eine
Gemeinschaftsschule
Vorlage: VI/2017/03411**

Frau Brederlow wies darauf hin, dass bei offenen Fragen die Schulleiterin Frau Rauchfuß und die zuständige Mitarbeiterin vom Landesschulamt, Frau Neumann, anwesend sind.

Sie führte in die Beschlussvorlage ein und begründete diese. Auf Grund intensiver Prüfungen wurden der Beschlussvorschlag, die Begründung und die Anlage 5 angepasst. Des Weiteren hat die Umwandlung der Sekundarschule in eine Gemeinschaftsschule Auswirkungen auf die Schulentwicklungsplanung und auch auf die Stadt als Schulträger.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung gibt es eine Erweiterung um ein gesondertes Modell von Gemeinschaftsschule, nämlich mit gymnasialer Oberstufe bis hin zum 13. Schuljahr. Im Stadtteil Halle-Neustadt gibt es demnach auch keine Sekundarschule mehr; dieser Fakt wird seit längerem im Bildungsausschuss diskutiert. Das Schulgesetz gibt den Sekundarschulen die Möglichkeit, ihr Schulkonzept weiterzuentwickeln, bis hin zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule.

Die Stadt als Schulträger wird sich in Zukunft möglicherweise mit der Thematik „räumliche Kapazität“ auseinandersetzen müssen. Es handelt sich um eine wachsende, wahrscheinlich fünfzügige Schule. Dennoch sieht die Verwaltung die Möglichkeit, dies im Umfeld der Schule abzusichern. Das Risiko wird als gering eingeschätzt.

Frau Dr. Bergner hätte sich eine längere Bedenkzeit für die Stadträtinnen und Stadträte gewünscht. Bei anderen Schulumwandlungen wurde mehr Zeit für Diskussionen eingeräumt. Dass nun Halle-Neustadt auf der einen Seite aufgewertet wird, aber jetzt keine Sekundarschule mehr zur Verfügung stehen soll, konnte sie nicht akzeptieren.

- b. die Schülerinnen und Schüler, die ab dem Schuljahr 2018/19 in die Klassenstufe 5 einer Sekundarschule übergehen, der Sekundarschule Am Fliederweg zuzuordnen. Diese Zuordnung bedarf einer Änderungssatzung der Schulbezirkssatzung.
4. mit Beendigung des Schuljahres 2023/24 (Stichtag: 31.07.2024) die Sekundarschule „Heinrich Heine“ aufzulösen.
5. die Gemeinschaftsschule „Heinrich Heine“ ab dem Schuljahr 2018/19 beginnend mit der Klassenstufe 5 aufwachsend vorzuhalten.
6. für die Gemeinschaftsschule „Heinrich Heine“ ab dem Schuljahr 2018/19 keinen Schuleinzugsbereich festzulegen.
7. für die Gemeinschaftsschule „Heinrich Heine“ ab dem Schuljahr 2018/19 eine Aufnahmekapazität für die Klassenstufe 5 von fünf Klassen und maximal 140 Schülerinnen und Schülern – vorbehaltlich Punkt 6 - festzulegen.
8. die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen der Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 ggf. weitere erforderliche Festlegungen zur Entwicklung der Gemeinschaftsschule dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
9. die entsprechenden baurechtlichen Genehmigungen zur Nutzung des Schulgebäudes am Standort Hemingwaystraße 1, 06126 Halle (Saale) für ca. 1.000 Schülerinnen und Schüler in ca. 40 Klassen einzuholen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Beauftragung des Oberbürgermeisters an die städtischen Gesellschaften
Vorlage: VI/2017/03379**

**zu 6.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Beauftragung des Oberbürgermeisters an die städtischen Gesellschaften (VI/2017/03379)
Vorlage: VI/2017/03481**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte seinen Änderungsantrag und sagte, dass er den Antrag der Fraktionen befürworte und nachvollziehen kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und er bat um Abstimmung des Änderungsantrages und des Antrages.

**zu 6.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Beauftragung des Oberbürgermeisters an die städtischen Gesellschaften (VI/2017/03379)
Vorlage: VI/2017/03481**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
1 Ja-Stimme
10 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, die Geschäftsführer, die Direktoren und Vorstände aller 100 %-igen städtischen Gesellschaften sowie Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung, Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts der Stadt Halle anzuweisen bzw. daraufhin zu wirken, folgende Frage für den Stadtrat voll umfänglich zu beantworten:

Welche externen Leistungen wurden im Rahmen von Vergaben oder auf anderem Weg zustande gekommener Verträge für

1. Allgemeine Beratungsleistungen (Studien, Konzepte, Gutachten, Machbarkeitsanalysen, sonstige Beratungs- und Unterstützungsleistungen auch im Einzelfall)
2. Rechts- und Steuerberatung, Finanzierungsberatung sowie Wirtschaftsprüfung
3. Projektsteuerung, -management, -betreuung sowie sonstige Koordinierungsmaßnahmen bei Investitionsprojekten, Planungs- und Projektvorbereitungsprojekten, IT Projekten, Umstrukturierungen u. ä.

durch welche Personen oder Firmen mit welchem Kostenumfang in den Jahren 2008 bis 2017 für das jeweilige Unternehmen (einschließlich aller Tochterunternehmen), den jeweiligen Eigenbetrieb und die jeweilige Stiftung sowie der jeweiligen Anstalt des öffentlichen Rechts erbracht?

**zu 6.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Beauftragung des Oberbürgermeisters an die städtischen Gesellschaften
Vorlage: VI/2017/03379**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, die Geschäftsführer*innen, Direktor*innen oder Vorstände aller 100 %-igen städtischen Gesellschaften sowie Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung, Eigenbetriebe,

Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts der Stadt Halle anzuweisen, folgende Frage für den Stadtrat voll umfänglich zu beantworten:

Welche Leistungen wurden im Rahmen von Vergaben oder auf anderem Weg zustande gekommener Verträge durch untenstehende Personen oder Firmen mit welchem Kostenumfang in den Jahren 2010 – 2017 für das jeweilige Unternehmen (einschließlich aller Tochterunternehmen), den jeweiligen Eigenbetrieb und die jeweilige Stiftung sowie der jeweiligen Anstalt des öffentlichen Rechts erbracht?

1. Jens Rauschenbach;
2. Peggy Görbig-Rauschenbach;
3. Rauschenbach & Kollegen GmbH;
4. R/N/P Rauschenbach Neumann Partner;
5. 3P Beraterverbund Mitteldeutschland / PPP Beraterverbund Mitteldeutschland;
6. Projectum Steuerungsgesellschaft mbH.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten liegen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Hochhausscheibe A**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte zum aktuellen Stand zur Hochhausscheibe A. Das Ziel war es, das Interesse an der Weiterentwicklung der Scheibe A zu erhalten und auch auf diese zu lenken. Dies ist mit den zahlreichen Aktivitäten und Entwicklungen, auch von Seiten der Bürgerschaft, gelungen. Die weiteren Schritte zum Eigentumsübergang sind abzuwarten. Das schließt auch die weiteren Pläne des Eigentümers mit ein.

Die eingetragenen Hypotheken des Grundstückes, müssten zu Lasten des ursprünglichen Eigentümers gegangen sein, stellte **Herr Dr. Meerheim** fest. Wer kann dafür einstehen, wollte er wissen und ob dieser dann kurzfristig Eigentümer des Grundstückes ist.

Man muss dabei zwingend formal die Frage der Zwangshypothek und die Zahlung auf die Schuld unterscheiden, machte **Herr Schreyer** deutlich. Eine Zahlung führt nicht automatisch dazu, dass die Hypothek erlischt, nur die dahinter stehende Schuld ist getilgt. Die Umsetzung ins Grundbuch erfolgt im Anschluss. Eine Zahlung kann im Übrigen durch jeden Dritten erfolgen, wie bei anderen Forderungen und Schulden auch. Es findet somit kein Eigentumsübergang statt.

Herr Wolter bat um Information einer genauen Zahl. Die Summe beläuft sich auf 472.000 EUR, informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**. Die Gesamtschuld ist somit getilgt, stellte **Herr Wolter** fest.

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung von Herrn Dr. Wend zu Anwohnerparkausweisen

Herr Dr. Wend regte im letzten Stadtrat eine Prüfung an, dass Anwohnerparkausweise länger als ein Jahr gültig sind.

Die Befristung dient der regelmäßigen Überprüfung, ob der Ausweis weiterhin erteilt werden darf, erläuterte **Frau Ernst**. Die Verwaltung schätzt ein, dass diese Frist als angemessen zu betrachten ist und hat dies auch mit anderen Städten (Dessau, Leipzig, Karlsruhe) verglichen. Hier gilt die gleiche Frist.

Herr Krause erinnerte sich an eine Fristsetzung von zwei Jahren, auch im Hinblick auf Personen, die langfristig an einem Ort leben. Warum ging man von diesem Zeitraum ab, wollte er wissen.

Frau Ernst nahm die Anfrage auf und sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Termin des Christopher Street Day und IDAHIT, Vorlage: VI/2017/03373

Die Termine für die beiden Veranstaltungen wurden durch die Verwaltung reserviert, teilte **Frau Dr. Marquardt** mit. Sie regte an, dass die Veranstalter zeitnah die Vorhaben anmelden.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der Fraktionen SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER zur Veröffentlichung Amtsblatt an der Litfaßsäule auf dem Marktplatz, Vorlage: VI/2017/03376

Auf Grund der Platzverhältnisse an der Litfaßsäule ist dies aktuell nicht möglich. Derzeit wird aber eine Erweiterung des Angebotes geprüft, sagte **Frau Ernst**.

Falls keine Flächenerweiterung möglich ist, könnte man ein wechselndes Seitenangebot überdenken, schlug **Herr Krause** vor.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berücksichtigung des Fuß- und Radverkehrs an Baustellen, Vorlage: VI/2017/03388

Die Planung von Umleitungsstrecken gehört zu jedem Einzelprojekt, teilte **Herr Stäglin** mit. Die Anregung wird insoweit aufgenommen, dass dies in die Runde des Verkehrskoordinators eingespeist wird. Eine Einarbeitung in den Baustellenkalender lässt sich auf Grund der Lesbarkeit nur schwer umsetzen. Er wies auch auf die aktuelle Pressemitteilung über die Bauarbeiten beim Abriss der Brücke am Riebeckplatz / Merseburger Straße hin. Dort wird explizit auf die veränderte Verkehrsführung für den Fuß- und Radverkehr hingewiesen.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung von Frau Dr. Brock zum Glitzerschwein im Finanzamt

Frau Dr. Marquardt bot an, mit der Leiterin des Finanzamtes einen Termin zu vereinbaren, damit das Kunstobjekt öffentlich zugänglich wird.

Herr Feigl wünschte sich eine Imagekampagne für solche Kunstwerke und Kunst am Bau.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung von Herrn Doege zur Kompetenzverteilung in der Stadtverwaltung

Die Verwaltung wird alle Verwaltungsvorschriften prüfen und nicht mehr erforderliche aufheben. Wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, werden diese Vorschriften auf der Internetseite www.halle.de veröffentlicht, teilte **Frau Ernst** mit.

Die angefragten Dienstanweisungen liegen den Stadträtinnen und Stadträten vor.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zu Wechsel von Stadträten in städtische Unternehmen

Herr Paulsen verwies auf den Ehrenkodex für Stadträtinnen und Stadträte. Hierzu wird eine Vorlage erarbeitet und zur Beschlussfassung vorgelegt.

In Bezug auf die Anregung wird sich die Verwaltung mit der Organisation Transparency International in Verbindung setzen, sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**.

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung von Herrn Scholtyssek zum Bebauungsplan Nr. 185 "Östliches Königsviertel"

Die Anregung wurde für erledigt erklärt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Wolter zum Haushalt

Herr Wolter bezog sich auf die Haushaltsberatung im Kulturausschuss, genauer auf das Produkt kulturelle Projekte. Dies wird laut Aussage von Frau Dr. Marquardt unter dem Projekt „vernetzte Stadt“ verwaltungsintern geführt. Hierzu gab es keine weiteren Ausführungen. Er wollte wissen, wann genauere Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Zur nächsten Sitzung wird es eine Auskunft geben und dies wurde im Kulturausschuss auch zugesichert, machte **Frau Dr. Marquardt** deutlich.

zu 9.2 Herr Scholtyssek zu Dringlichkeitsvorlagen

Herr Scholtyssek stellte fest, dass Dringlichkeitsvorlagen sehr kurzfristig und teilweise kurz vor Sitzungsbeginn eingereicht werden. Er wollte wissen, ob es möglich ist, dass die Zeitabläufe optimiert werden, damit weniger Dringlichkeiten notwendig werden.

Das Thema wurde bereits intern ausgewertet, sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**. Gleichwohl gibt es teilweise bauliche Abläufe, die eine Dringlichkeit erforderlich machen.

zu 9.3 Frau Dr. Bergner zur Leopoldina

Frau Dr. Bergner informierte über die Jahrestagung der Leopoldina. Dabei wurde ein Preis der Stadt Schweinfurth verliehen. Sie wollte wissen, was die Stadt Halle (Saale) macht, um die Nähe zur Leopoldina zum Ausdruck zu bringen.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet, sagte **Frau Dr. Marquardt**.

zu 9.4 Frau Dr. Bergner zum Mobilitätsfond der Bundesregierung

Es gibt einen Mobilitätsfond der Bundesregierung, teilte **Frau Dr. Bergner** mit. Sie fragte, ob die Stadt Halle (Saale) davon profitiert, um beispielsweise Radwege zu verbessern.

Dies wird geprüft, sicherte **Herr Stäglin** zu.

zu 10 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer